

# „Wurde Gemeinderat angelogen?“

## *Qualität des Bodenmaterials für Salmkaserne sorgt für Klärungsbedarf*

Philippsburg (ber). Mit zwei umstrittenen Dauerthemen beschäftigte sich der Philippsburger Gemeinderat: mit dem geplanten Rückhalteraum Elisabethenwört, worin sich Stadt und Umweltministerium (UM) alles andere als einig sind, und mit dem Zustand des ehemaligen Kasernengeländes, auf dem ein Logistikzentrum gebaut werden soll.

Beim Polder Elisabethenwört gibt es im Gremium Konsens: Angesichts der geplanten „Dammrückverlegung mit einer ungesteuerten, sogenannten ökologischen Flutung“ hat die Stadt die Kanzlei Sparwasser & Heilshorn in Freiburg beauftragt, sie im Planfeststellungsverfahren zu vertreten. Mit einem eigenen Gutachten soll das „Diktat von oben“ angezweifelt werden. Eine erste Besprechung mit Gutachtern hat bereits stattgefunden. Dem Gemeinderat lagen, wenn auch nichtöffentlich, ein Angebot, das sich mit dem hydrologischen Aspekt der Variantenentscheidung befasst, und ein Angebot, das sich mit der Überprüfung der naturschutzfachlichen Aspekte der Variantenuntersuchung befasst, vor. Einmütig stimmte der Rat einer Beauftragung zu.

Zu einem Geplänkel führte eine ältere Anfrage, bei der sich eine Bürgerin um die Erdaushubmasse auf dem Areal der ehemaligen Salmkaserne gesorgt hatte. Vor zwei Jahren habe sie von der Stadt die Auskunft erhalten, dass es dort kein Z2-belastetes Material gebe. Im Zuge ihrer Recherchen stellte sie jedoch fest, dass dort Z1- und Z2-Material zu finden sei. Sie wollte daraufhin wissen, wie der Gemeinderat eine Gefährdung von Menschen und Tieren ausschließen werde. Dazu gab jetzt Bürgermeister Stefan Martus eine ausführliche Stellungnahme ab: 2012 und 2013 habe die Firma Bioenergie Nordbaden Bauanträge für die Aufschüttung des Grundstücks und auch einen Antrag für den Abbruch der Mannschaftsgebäude eingereicht. Das Landratsamt Karlsruhe habe der Firma 2013 und 2018 die Baugenehmigung erteilt, auf dem alten Kasernengelände Bodenmaterial mit den Qualitäten Z0 bis Z 2 einzubauen. Damit sei der Firma Bioenergie erlaubt worden, Bodenmaterial, das als Abfall eingestuft ist, zu verwerten. Material mit der Zuordnung Z2 dürfe nur in technischen Erdbauwerken unter einer wasserundurchlässigen Deckschicht, etwa Beton oder Asphalt, und einem Abstand von über einem Meter zum höchsten Grundwasserstand eingebaut werden.

Hans-Gerd Coenen (CDU) wies darauf hin, dass in der Gemeinderatssitzung im Juli 2014 das umstrittene Z2-Material eine zentrale Rolle gespielt und es besorgte Nachfragen aus anderen Fraktionen gegeben habe. Seinerzeit hieß es, dass das Z2-Material „maximal zehn Prozent“ betrage, jetzt seien es jedoch 76 Prozent. Für Coenen stelle sich die Frage: Wurde der Gemeinderat möglicherweise belogen? Hat sich die Verwaltung mit Versprechungen zufriedengegeben, die nie überprüft worden sind? Er müsse erst das Protokoll nachlesen, meinte Bürgermeister Stefan Martus. Dann könne er zu den Unterschieden etwas sagen.



ERDAUSHUB auf dem Gelände der ehemaligen Salmkaserne hat im Gemeinderat zu Diskussionen geführt. Laut Landratsamt darf als Bodenmaterial deklarierter Abfall nur zu zehn Prozent verbaut werden. Daran haben Gemeinderäte nun Zweifel. Foto: Schmidhuber